

**Zivilgesellschaftliches
Lagebild Antisemitismus
Baden-Württemberg**

**AMADEU
ANTONIO
STIFTUNG**



Herausgeber:

Amadeu Antonio Stiftung

Novalisstraße 12
10115 Berlin

info@amadeu-antonio-stiftung.de
www.amadeu-antonio-stiftung.de

Redaktion: Lukas Steinbrenner, Florian Eisheuer, Weicheng Huang

Lektorat: Britta Kollberg

Grafik: D. Kahane

Gestaltung: Wigwam eG, Berlin

Druck: Druckzone, Cottbus

Gedruckt auf Envirotop Recycling 100% Altpapier

Unserer Umwelt zuliebe wurde dieses Buch auf umweltfreundlichem Recyclingpapier gedruckt, ausgezeichnet mit dem FSC®-Zertifikat für Papier aus Recyclingmaterial, dem Blauen Engel und dem EU-Ecolabel.

© Amadeu Antonio Stiftung, 2019
2. überarbeitete Auflage

Das Projekt „Bildungs- und Aktionswochen gegen Antisemitismus“ und die vorliegende Publikation wurden mit Unterstützung des Programms „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ermöglicht. Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ bzw. des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autor*innen die Verantwortung.

Gefördert vom

im Rahmen des Bundesprogramms



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Demokratie **leben!**

Inhalt

- 4 Vorwort
- 6 Antisemitismus als gesellschaftliche Herausforderung
- 10 Eine Heimat für jüdisches Leben
- 12 Erfahrungen und Umgang mit Antisemitismus an Schulen
- 15 Gespräch  „Die Mehrheit der Gesellschaft bleibt still“
- 17 Israelbezogener Antisemitismus
- 20 Gespräch  „Die Gleichgültigkeit entsetzt mich“
- 22 Schuldabwehr in der Gesellschaft und den Parlamenten
- 25 Anhang: Arbeitsdefinition von Antisemitismus

Vorwort



© Amadeu Antonio Stiftung

Antisemitismus, so heißt es, sei eine komplizierte Sache. Was als Antisemitismus bezeichnet werden kann und was nicht, sei sehr umstritten. Besonders wenn es sich um den Streitpunkt Israel handle. Deshalb, meinen viele, müsse man mit dem Begriff und der Bezeichnung sehr vorsichtig umgehen. Denn es könne sonst schnell geschehen, dass man jemanden als Antisemiten beleidigen würde, der gar keiner ist, und das wiederum ist das Allerschlimmste, was einem Deutschen nachgesagt werden könne. Gerade wegen der Geschichte des Holocausts.

Diese Sensibilität im Umgang mit dem Begriff Antisemitismus wünschen sich Jüdinnen und Juden in Deutschland, wenn es um das geht, was sie selbst jeden Tag erleben müssen. Antisemitismus im Alltag durch Stereotype, durch Beschimpfungen, Angriffe und durch Wertungen in der allgemeinen Öffentlichkeit. Ganz zu schweigen von den Sozialen Netzwerken und den Anfeindungen, die Juden dort erfahren. Für sie ist Antisemitismus nicht kompliziert. Sie erleben ihn, und in sehr vielen Fällen erfahren sie weder Schutz noch Beistand, wenn sie darüber berichten.

Die Bekämpfung des Antisemitismus, von der in Deutschland besonders nach dem Anschlag auf die Synagoge in Halle so viel gesprochen wird, braucht jedoch genau das: die Wahrnehmung von Antisemitismus – denn ohne diese kann man nichts dagegen tun – und Schutz und Beistand für all diejenigen, die er trifft.

Antisemitismus ist nicht kompliziert. Im Grunde lässt er sich leicht beschreiben. Wenn jemand grundsätzliche Aussagen über Juden macht, ist das antisemitisch. „Juden haben, Juden sind, Juden wollen“ – das sind die drei Bausteine des Antisemitismus. Sie unterstellen Juden einen bestimmten Besitz, Eigenschaften und Intentionen. Der kulturellen und historischen Narration entsprechend, sind diese drei Dinge meist negativ belegt. Und selbst wenn sie positiv gemeint sind, bestehen sie aus Stereotypen.

Dabei ist es vollkommen egal, wer sich dieser drei Bausteine bedient und in welcher Form sie daherkommen. Es sind und bleiben Unterstellungen, Verschwörungstheorien und Mythen. Sie können auch kryptisch erscheinen, als Symbole oder Chiffren. Jüdische Namen anstelle von Kapitalismus, Orte wie Hollywood oder die Ostküste als Chiffren für vermeintlichen Einfluss oder Macht von Juden. Symbole des Bösen als Karikaturen von Kraken, Strippenziehern, Kindermördern oder Goldschefflern. Die Welt des Guten gegen die des teuflisch Bösen – auch in der Gestalt des Staates Israel, der im Zweifel immer als Symbol oder Ersatz für den Juden herhalten muss. Gerade hier findet die Legende von den zutiefst böswilligen Absichten der Juden eine moderne Renaissance. Israel als das Unglück der Welt – diese Vorstellung ist wie das Bild des Stürmers, der die Juden in Deutschland als ihr Unglück beschimpft hat. So unverrückbar und im Stakkato wiederholt, bildet es die Grundlage für Judenhass aller Art. Sogar für den, der sagt, *die* Juden hätten aus dem Holocaust nichts oder zu wenig gelernt. Sie würden davon nur profitieren wollen. Und deshalb ständig übertreiben.

Ganz gleich, wer sich dieser Bausteine bedient, sie sind und bleiben das Fundament des Antisemitismus. Der rechtsradikale Geschichtsrevisionist ist ebenso antisemitisch wie der Linke in einer vulgären Form der Kapitalismuskritik, der Israeldämonisierer sowieso, egal ob von rechts oder links. Die Grenzen der politischen Herkunft verschwimmen, wenn es um Antisemitismus geht. Es gibt auch rechtsradikale Kapitalismuskritiker, die damit Juden meinen, und linke Revisionisten, wenn sie die Einzigartigkeit der Shoah verleugnen. Oder wenn beide behaupten, die neuen Nazis wären *die* Juden. Besonders wenn es um Israel geht.

Dem ist nichts hinzuzufügen, hier muss nicht ein Satz über irgendeine „legitime Kritik“ gesagt werden. Zu oft hat dieser Satz wiederum ein Stereotyp bedient, das den Juden Zensurmacht unterstellt. Nein, es ist ganz einfach. Und gar nicht kompliziert. Antisemitismus ist das Gerücht über *die* Juden und die älteste Verschwörungstheorie der Welt.

Antisemitismus ist ein bundesweites Problem. Er zeigt sich in Sachsen ebenso wie in Rheinland-Pfalz oder Baden-Württemberg. Antisemitismus ist eine alte gesellschaftliche Krankheit mit spezifischen Symptomen. Wenn Antisemitismus gut beschrieben und seine Funktionen erklärt sind, ist es einfacher zu sagen, wer sich nicht antisemitisch äußert und wer doch. Der politische, kulturelle oder religiöse Hintergrund spielt dann keine Rolle mehr. Denn Antisemitismus betrifft jeden.

Anetta Kahane

Vorsitzende der Amadeu Antonio Stiftung

Antisemitismus als gesellschaftliche Herausforderung

Florian Eisheuer
Amadeu Antonio Stiftung

Jüdinnen und Juden stehen seit Jahrhunderten unter Verdacht, für sämtliche Übel auf der Welt verantwortlich zu sein. Ob Krankheiten und Seuchen, Kapitalismus und Kommunismus, Krisen aller Art: Sämtliche Schattenseiten des menschlichen Zusammenseins werden ihnen angelastet. Der Wille zur Vernichtung dieses vermeintlichen Ursprungs alles Bösen und Schlechten lauert dabei als beständige Möglichkeit im Hintergrund.

Antisemitismus ist auch mehr als 70 Jahre nach der Ermordung von 6 Millionen Jüdinnen und Juden eine zentrale und gesamtgesellschaftliche Herausforderung unserer Zeit. Grundsätzlich unterscheiden wir traditionelle von modernen Formen des Antisemitismus. Die traditionellen Erscheinungsformen haben ihren Ursprung u.a. in christlichen Überlieferungen, nach denen Jüdinnen und Juden die Schuld am Tod Christi gegeben wurde („Gottesmörder“). In der Spätantike und im Hochmittelalter schlossen sich die weit verbreiteten Legenden von den „Brunnenvergiftern“ und „Ritualmördern“ an. Besonders während der Verbreitung der Pest (1347–1350) wurden Jüdinnen und Juden bezichtigt, die Seuche durch eine Brunnenvergiftung verursacht zu haben. Die „Ritualmordlegende“ besagt, Jüdinnen und Juden würden das Blut von Christenkindern für religiöse Zwecke benötigen. Diese beiden Legenden endeten mit der Tötung von hunderttausenden Menschen jüdischen Glaubens bei den Pestpogromen. Doch der traditionelle Antisemitismus hat viele Gesichter und gibt seinem Objekt seinerseits verschiedene Züge. Er beschreibt Jüdinnen und Juden als geizige, gierige Geldverleiher, als heimtückische, hinterlistige Händler, als weise, wohlhabende Weltenherrscher.

In modernen Erscheinungsformen des Antisemitismus spiegeln sich traditionelle Mythen zwar wider, doch hat er in modernen, säkularen, bürgerlichen Gesellschaften eine fundamental andere Form angenommen. Die im kollektiven Gedächtnis verankerten antisemitischen Mythen werden heute vielfach über Umwege kommuniziert, sodass sie nicht unmittelbar erkennbar sind. Der Kern der Mythen wird an den Zeitgeist angepasst und lebt im scheinbar harmlosen Gewand fort. Die antisemitische Botschaft ist dieselbe.

① Eine moderne Form ist der strukturelle Antisemitismus im Sinne einer verkürzten Kapitalismuskritik. Ihre Grundlage ist die simple Unterscheidung zwischen „schaffendem“ und „raffendem“ Kapital. Eine kleine, einflussreiche Elite, die gierig nach Geld und der Weltherrschaft strebt, ist das fiktive Objekt dieses personalisierten Verschwörungsdenkens. Die antisemitische Prägung wird deutlich, wenn jüdischen Einzelpersonen (wie George Soros) und Familien (wie Rothschild) der Hang zur Geld- und Machtgier nachgesagt wird. Alte Stereotype sind dabei omnipräsent. Wie verwurzelt sie sind, zeigen Ruth Bostedt und Alexandra Poljak im Kapitel „Erfahrungen und Umgang mit Antisemitismus an Schulen“.

② Eine zweite moderne Variante ist der sekundäre Antisemitismus. Es handelt sich dabei um eine Form des Antisemitismus nicht *trotz*, sondern *wegen* Auschwitz, die in der gesellschaftlichen Debatte um die Schuld der Deutschen an der Shoah auftritt. Jüdinnen und Juden wird dabei unterstellt, sie nutzten die Shoah, um die nationale Identität der Deutschen kleinzuhalten sowie Entschädigungszahlungen an Shoah-Überlebende und Wiedergutmachungszahlungen an die israelische Regierung zu sichern. Der sekundäre Antisemitismus ist geprägt von einer Schlussstrichmentalität, also einer Erinnerungsabwehr, die sich der Auseinandersetzung mit der Geschichte zu verweigern sucht. Wir finden diese Form des Antisemitismus in weiten Teilen der Gesellschaft. Im Kapitel „Schuldabwehr in der Gesellschaft und den Parlamenten“ erläutert Timo Büchner, wie sie sich ausdrückt.

③ Eine dritte Form des modernen Antisemitismus ist der israelbezogene Antisemitismus. Mit der Gründung des Staates Israel wandelte sich die Vorstellung von kosmopolitischen, staatenlosen Jüdinnen und Juden in ein national und staatlich identifizierbares Feindbild. Die vermeintliche „Kritik an Israel“ ist sehr häufig ein kommunikativer Umweg zur Verbreitung antisemitischer Stereotype und reproduziert diese zugleich auf geopolitischer Ebene. Der jüdische Staat Israel wird so zum Alleinschuldigen an allen regionalen Konflikten im Nahen Osten, zum „Juden unter den Staaten“ gemacht, wie es Léon Poliakov ausdrückt. Es handelt sich um die bedeutendste Modernisierung des Antisemitismus nach 1945. Wo sie in Baden-Württemberg auftritt, zeigen Florian Eisheuer und Markus Textor im Kapitel „Israelbezogener Antisemitismus“.

Die genannten Kategorien sind nicht exklusiv, sondern sie überlappen sich und sind an den Rändern unscharf. Wenn beispielsweise der Staat Israel mit dem nationalsozialistischen Deutschland gleichgesetzt wird, so werden gleich mindestens zwei Formen des Antisemitismus bedient. Der Versuch, Israel zum nationalsozialistischen Gebilde zu erklären, ist einerseits ein Mechanismus der Schuldabwehr. Ausgerechnet dem einzigen jüdischen Staat der Welt, dessen Entstehungsgeschichte zudem eng mit der Shoah verbunden ist, faschistische Tendenzen zu unterstellen, hat eine Art moralischer Umschuldung zum Ziel: Wenn der Staat der Juden heute genauso schlimme handle wie Deutschland vor Jahrzehnten, dann sei man in gewisser Weise quitt. Eine solche Gleichsetzung ist aber zudem auch als weit verbreitete Form des israelbezogenen Antisemitismus einzuordnen (vgl. den 3D-Test auf S. 18 und die IHRA-Definition auf S. 25). Sollte die dämonisierte Politik Israels auch noch mit bestimmten jüdischen Eigenschaften wie Rachsucht erklärt werden, so handelt es sich bei diesem Rekurs zusätzlich um eine traditionelle Form des Antisemitismus.

Antisemitisches, teils kodifiziertes Wissen dient als ideologisches Repertoire, das für unterschiedliche Anlässe bereitgehalten wird. Rechtsextreme mögen eher auf Verschwörungslegenden über jüdische gesteuerte weltweite Migrationsbewegungen setzen, während gerade in der radikalen Linken strukturell antisemitische Formen einer personalisierten Kapitalismuskritik bedient werden.

Trotz dieses Facettenreichtums fungiert Antisemitismus als Kitt. Er ist der ideologiegewordene kleinste gemeinsame Nenner, auf den sich auch politische Milieus einigen können, die sich sonst befinden. Antirassistische Milieus bieten ihm ebenso eine Heimat wie beispielsweise PEGIDA, queere Communities ebenso wie fundamentalistische Christ*innen, Besserverdienende ebenso wie sozial Schwache. Antisemitismus findet sich in allen Schichten und hat so das Potential zur Bildung ideologischer Querfronten, die es im Einzelfall möglich machen, dass an antiisraelischen Demonstrationen neben Personen aus dem radikalen islamistischen Umfeld zugleich auch Rechtsextreme und antiimperialistische Linke teilnehmen.

Gemein ist allen Formen, dass die Träger*innen antisemitischer Weltbilder sich grundsätzlich moralisch berechtigt fühlen, notfalls auch Gewalt auszuüben, da ihnen diese als Notwehr erscheint: Notwehr gegen die Brunnenvergifter*innen, Notwehr gegen die Kriegsursacher*innen, Notwehr gegen die Kapitalist*innen. Ein eigenes positives Selbstbild kann durch diese Narration erhalten bleiben, unangetastet von der Erkenntnis, selbst der*die Aggressor*in zu sein. Selbst in der nationalsozialistischen Propaganda wurden der Vernichtungswunsch und -plan als Widerstand gegen den angeblichen Antigojismus – einen vermeintlichen jüdischen Hass auf alles Nichtjüdische – und durch Legenden über jüdische Pläne zur Vernichtung des „deutschen Volks“ und der „arischen Rasse“ legitimiert. Aktuell erleben diese antisemitisch-verschwörungsideologischen Erzählungen eine Neuauflage in Narrativen über einen jüdischerseits geplanten „großen Austausch“ oder eine „Umvolkung“. Die Anschläge in Pittsburgh (Oktober 2018), Poway (April 2019) und Halle (Oktober 2019) wurden allesamt mit verschwörungsideologisch-antisemitischen Notwehrkonstruktionen legitimiert. Es ist davon auszugehen, dass der Höhepunkt dieser antisemitischen Radikalisierung noch vor uns liegt.

Antisemitismus ist als Ideologie zwar eine antidemokratische, antimoderne Weltanschauung, die die demokratische Gesellschaft bedroht; die unmittelbar Betroffenen sind aber Jüdinnen und Juden. Sie sind es, die konkreten Anfeindungen, Bedrohungen und Gewalt ausgesetzt sind. Für sie ist die Lage, so wissen wir aus Gesprächen, aber auch aus Studien, absolut prekär. Eine 2017 durchgeführte Befragung der Universität Bielefeld unter Jüdinnen und Juden zeichnete ein erschütterndes Bild. Eine deutliche Mehrheit berichtet, regelmäßig Antisemitismus zu erfahren. 78 % sind der Meinung, dass Antisemitismus in den letzten fünf Jahren zugenommen hat. 60 % der Befragten dachten in diesem Zeitraum darüber nach, Deutschland den Rücken zu kehren. Die Befragung ergab auch, dass 81 % der teilnehmenden Jüdinnen und Juden davon ausgehen, dass der Antisemitismus, den sie erleben, von muslimischen Menschen ausgehe. Wer die Perspektive der Betroffenen ernst nehmen möchte, muss sich ebenfalls dieser Zahl stellen und in politische Bildungsarbeit in diesem Bereich investieren.

Den Betroffenen zuzuhören muss für unsere Arbeit zentral sein. Aber es reicht nicht, ihnen das Ohr zu leihen und warme Worte zu spenden, sondern es müssen konkrete Taten folgen, im Großen wie im Kleinen, in der Politik ebenso wie im privaten Umfeld, am Arbeitsplatz und in der Schule. Dass die Pläne für den antisemitischen Massenmord in Halle nicht wie vorgesehen umgesetzt werden konnten, ist letztlich der Stabilität einer Türe zu verdanken. Die Radikalisierung des Täters wurde nicht etwa durch einen aufmerksamen Freundeskreis, Klassenkamerad*innen oder Arbeitskolleg*innen wahrgenommen und verhindert, sondern es war ein Hoftor, das Schlimmeres verhütete. Die nichtjüdische Mehrheitsgesellschaft hat hier versagt. Sie hat es nicht geschafft, die Sicherheit des jüdischen Lebens in Deutschland zu gewährleisten. Dies sollte Grund genug sein für ein radikales Umdenken und eine schonungslose kritische Selbstreflexion.

Am 9. Juli 2019 veranstaltete die Amadeu Antonio Stiftung in Kooperation mit der Israelitischen Gemeinde Freiburg und unter Schirmherrschaft des Beauftragten der Landesregierung gegen Antisemitismus, Dr. Michael Blume, ein landesweites Netzwerktreffen gegen Antisemitismus für Baden-Württemberg. Ziel des Treffens war eine gemeinsame Bestandsaufnahme zum Antisemitismus in Baden-Württemberg – unter besonderer Berücksichtigung der jüdischen Perspektive. In diesem Rahmen konnten Akteur*innen gestärkt und vernetzt werden, die von Antisemitismus betroffen sind und/oder sich mit Antisemitismus beschäftigen.

Die Leitfragen des Treffens lauteten: Welche spezifischen Probleme finden wir vor? Welche Aktivitäten gegen Antisemitismus existieren, und welche sind geplant? Welche Rahmenbedingungen benötigen wir, um die Arbeit gegen Antisemitismus effizienter gestalten zu können? Im Mittelpunkt des Treffens stand ein Podiumsgespräch mit Rami Suliman (Vorsitzender der Israelitischen Religionsgemeinschaft Baden) und Irina Katz (Vorsitzende der Israelitischen Gemeinde Freiburg), die wichtige Einblicke in jüdische Perspektiven auf Antisemitismus in Baden-Württemberg vermittelten.

Die Ergebnisse des Netzwerktreffens und die zahlreichen Gespräche, die vor, während und nach der Veranstaltung mit den Teilnehmenden geführt wurden, bilden die Grundlage für die vorliegende Broschüre. Die einzelnen Beiträge werden durch Forderungen aus der Zivilgesellschaft ergänzt, die in den Diskussionen des Netzwerktreffens deutlich wurden.

Für die antisemitismuskritische Arbeit ergeben sich fünf Schlussfolgerungen bzw. Forderungen aus den Ereignissen in Halle:

- **Engagement gegen Antisemitismus fördern**

Die Arbeit antisemitismuskritischer Projekte und Initiativen muss verstetigt und ausgebaut werden. Bezüge zum Vereinsleben des Bundeslandes (z.B. Sport- und Jugendvereine) müssen hergestellt werden.

- **Frühwarnsysteme aufbauen**

Ein Monitoring antisemitischer Aktivitäten und Narrative kann Hinweise auf zukünftige Gefahren frühzeitig bereitstellen. Vor allem die jüdische Perspektive muss hier von zentraler Bedeutung sein.

- **Forschung ausbauen**

Um die Kompetenzen aller antisemitismuskritisch Aktiven stärken, aber auch um politische Entscheidungen auf eine solide Begründungsbasis stellen zu können, muss in Forschung investiert werden, die Erkenntnislücken zu schließen vermag.

- **Solidarität mit den jüdischen Communities**

Von der nicht-jüdischen Mehrheitsgesellschaft müssen Impulse und deutliche Signal ausgehen, dass sie die von Antisemitismus Betroffenen nicht allein lässt.

- **Sicherheit des jüdischen Lebens gewährleisten**

Teil der praktischen Solidarität mit den Betroffenen muss es sein, Maßnahmen zu ergreifen, die ein Sicherheitsgefühl wiederherstellen und die konkrete Sicherheit gewährleisten.

Eine Heimat für jüdisches Leben

Dr. Michael Blume

Beauftragter der Landesregierung gegen Antisemitismus



Im März 2018 stellte der baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann in einer Pressekonferenz in Stuttgart den neuen Beauftragten der Landesregierung gegen Antisemitismus, Dr. Michael Blume, vor. © Staatsministerium Baden-Württemberg

Im März 2018 trat ich mein Amt als Beauftragter der Landesregierung gegen Antisemitismus an. Für dieses Amt hatten mich die jüdischen Landesgemeinden vorgeschlagen. Zunächst ohne mein Wissen. Jedoch nahm ich die Herausforderung sehr gern an. Auf meine Frage an die Vorsitzenden der jüdischen Gemeinden, weshalb sie ausgerechnet mich und nicht eine Person aus ihrer Mitte vorgeschlagen haben, lautete die Antwort: „Du bist Christ, du bist mit einer muslimischen Frau verheiratet, und du bist Wissenschaftler. Vielleicht glauben die Leute ja dir.“ Das hat mich bewegt und verpflichtet.

Denn seit Jahren nehmen Jüdinnen und Juden ein Erstarren antisemitischer Anfeindungen und Ressentiments wahr. In Baden-Württemberg haben bei allgemein sinkender Kriminalität antisemitische Hassverbrechen zugenommen. Zwar steigt die Anzahl der Antisemit*innen nicht unbedingt, aber die antisemitischen Einstellungen, die in Teilen der Bevölkerung vorhanden sind, vertiefen sich. Diese Einstellungen werden durch die Sozialen Medien angestachelt und beflügelt. Es bilden sich Echokammern; erschreckend rasant findet eine massive Abschottung und Radikalisierung statt. Antisemit*innen bauen sich ein Weltbild auf, das um die Weltherrschaft des Bösen kreist. Deshalb sind Antisemitismus und Verschwörungsmysmen so eng verknüpft: Wer überzeugt ist, dass die Bevölkerung durch „Chemtrails“ der Flugzeuge vergiftet wird, glaubt nicht, dass mächtige Australier*innen oder Inder*innen sämtliche Regierungen und Flughäfen kontrollieren, um die Bevölkerung vergiften zu können. Stattdessen landet man beim alten Hass gegen Jüdinnen und Juden. Ich nenne dies den „Verschwörungscanyon“.

In Baden-Württemberg ist die Anzahl antisemitischer Straftaten zuletzt enorm angestiegen, zwischen 2017 und 2018 allein um fast 40 Prozent. Eine wichtige Rolle spielt der Hass im Internet: Die meisten Jüdinnen und Juden, mit denen ich spreche, erzählen zuallererst von antisemitischen Anfeindungen in Sozialen Netzwerken. In der Folge wächst das Unsicherheitsgefühl in den jüdischen Gemeinden, und viele Jüdinnen und Juden vermeiden, ihre Religionszugehörigkeit in der Öffentlichkeit preiszugeben. So zieht man lieber eine Baseballmütze über die Kippa und bittet, keine Post mit jüdischen Symbolen zugesendet zu bekommen.

Woran liegt das Erstarken des Antisemitismus? Ich selbst habe lange geglaubt, der alte Hass sei überwunden. Jedoch musste ich leider während meines Aufenthalts im Irak als Leiter des Sonderkontingents, in dessen Zuge wir mehr als 1.000 Frauen und Kinder vor dem „Islamischen Staat“ (IS) retteten, das Gegenteil feststellen. Antisemitismus war weit verbreitet, oftmals galt sogar der IS als „Werk des Mossad“. Aber Antisemitismus beschränkt sich nicht auf die arabische Welt. Wir finden ihn weltweit – und sogar im baden-württembergischen Landtag. Tatsächlich sitzt ein Abgeordneter im Landtag, der an die Echtheit der zutiefst antisemitischen „Protokolle der Weisen von Zion“ glaubt. Dass das möglich ist, hätte ich mir in meinen schlimmsten Albträumen nicht ausgemalt.

Das zeigt zweierlei: I. Wenn im Laufe der Geschichte neue Medien auftraten – der Buchdruck, elektronische Medien wie Radio und Fernsehen oder heute das Internet und die Sozialen Medien –, nahmen neben vielen positiven Effekten der Antisemitismus und Rassismus zu. II. Antisemitismus wendet sich nie ausschließlich gegen Menschen jüdischen Glaubens. Zwar beginnt er mit dem Hass auf Jüdinnen und Juden, aber in seiner menschenfeindlichen Haltung richtet er sich immer auch gegen den freiheitlichen und demokratischen Rechtsstaat. Daher betone ich stets im Rahmen meiner Veranstaltungen: Selbst, wenn wir keine Menschen jüdischen Glaubens in unserer Mitte hätten – wohlgemerkt: über das Geschenk des Miteinanders müssen wir nach der Shoah froh und dankbar sein –, müssten wir Antisemitismus entschlossen bekämpfen. Denn er trifft uns im Kern unserer Idee von Rechtsstaatlichkeit und Freiheit in Vielfalt.

In meinem Amt als Beauftragter der Landesregierung gegen Antisemitismus gehe ich das Thema breit an. Der Landtag hat meinem kleinen Team und mir in seiner Beschlussfassung umfangreiche Aufgaben übertragen. Ressortübergreifend koordiniere ich die Maßnahmen der Landesregierung im Bereich der Bekämpfung des Antisemitismus. Zudem bin ich Ansprechpartner für die jüdischen Gemeinden und sensibilisiere die Gesellschaft für aktuelle und historische Erscheinungsformen des Antisemitismus. Ich gehe jedem Fall, der mir gemeldet wird, nach. Des Weiteren halte ich in ganz

Baden-Württemberg und gelegentlich darüber hinaus Vorträge über die Verbindung zwischen Antisemitismus und Verschwörungsmäthen. Meist spreche ich vor einem vollen Haus. Das Thema interessiert viele Menschen stark. Die häufigsten Fragen, die ich gestellt bekomme, sind jene nach konkreten Handlungsanweisungen. Die Menschen möchten wissen, was wir, die Zivilgesellschaft, gegen den antisemitischen Hass machen können.

Die Fragen beantworte ich für die Landesregierung in meinem Bericht zum Thema Antisemitismus, den ich Ende Juli 2019 dem Landtag vorgelegt habe. Die von meiner Seite aus vorgeschlagenen 78 Handlungsempfehlungen betreffen alle Politikbereiche und reichen von der Bildung bis zur inneren Sicherheit. Im Oktober 2019 haben mir während der Landtagsdebatte alle Fraktionen bis auf eine ihre Unterstützung zugesagt. Erste Handlungsempfehlungen sind bereits umgesetzt: Ab sofort hat beispielsweise jede Generalstaatsanwaltschaft in Baden-Württemberg einen Staatsanwalt oder eine Staatsanwältin, der oder die schwerpunktmäßig für das Thema Antisemitismus zuständig ist und besonders geschult wird. So kann sichergestellt werden, dass Straftaten, die einen eindeutig antisemitischen Hintergrund haben, entsprechend geahndet werden. Zudem richten wir gemeinsam mit der Jugendstiftung Baden-Württemberg eine Meldestelle für antisemitische Vorfälle ein.

Gelegentlich werde ich von meinem Publikum gefragt, warum ich trotz des zermürbenden Themas immer noch so gut gelaunt bin und nicht den Mut verliere. Die Antwort findet sich bereits im Raum der Veranstaltungen: Meine Vorträge sind stets rege besucht, die Menschen interessieren sich für das Thema und möchten wissen, wie sie helfen können. Die Teilnehmenden wollen nicht, dass der antisemitische Hass unsere Gesellschaft und unser Zusammenleben vergiftet. Zwar sind wir spät dran, um zu handeln, aber noch sind wir nicht zu spät. Vor allem sind wir im Kampf gegen Antisemitismus nicht allein. Gemeinsam können wir uns erfolgreich gegen den alten Hass stellen!

Erfahrungen und Umgang mit Antisemitismus an Schulen

Ruth Bostedt und Alexandra Poljak
Bund jüdischer Studierender Baden e.V.

Ein 11-jähriger Junge ist in seiner Klassenstufe der einzige jüdische. Er ist hervorragend in die Klasse integriert und hat viele Freund*innen. Die Religion des Schülers spielt keine Rolle für die anderen. Während der Pause fragt ihn ein Mitschüler, ob er sein Pausenbrot haben könne. Weil der 11-Jährige sein Brot nicht teilen möchte, beschimpft ihn der Mitschüler als „geizigen Juden“.

Ein 16-jähriger Junge geht offen mit seiner jüdischen Identität um. Um den Hals trägt er eine öffentlich sichtbare Davidstern-Halskette. Dass er jüdisch ist, weiß sein Umfeld. Der Junge wurde aufgrund seiner Religionszugehörigkeit bereits häufig beleidigt und zum Sündenbock für Konflikte im Nahen Osten gemacht. Eines Tages wird er unter dem Vorwand, gemeinsam mit ihm nach der Schule Fußball spielen zu wollen, von den Mitspielern zum Bolzplatz gelockt. Dort warten bereits zehn Jungen, die ihn krankenhaushausreif schlagen – weil er ein Jude ist. Sein Freund, der mitgekommen ist, steht perplex am Rand des Platzes.

Grundsätzlich ist Antisemitismus ein altes Phänomen: Vorurteile gegen Jüdinnen und Juden werden bereits seit der frühen Antike verbreitet. Die Geschichte des Antisemitismus ist die Geschichte antisemitischer Pogrome, die unzählige Jüdinnen und Juden das Leben kostete. Im 20. Jahrhundert mündete der Rassenantisemitismus in die Shoah, in den Völkermord an den Jüdinnen und Juden Europas.

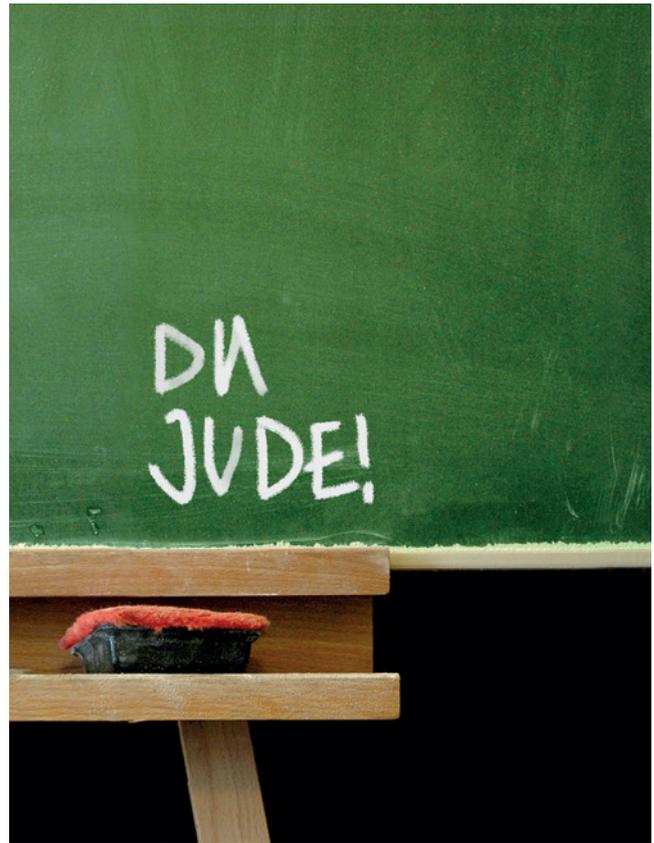
Dass die Ideologie des Antisemitismus keinen Platz in der Gesellschaft haben darf, gehört in Deutschland heutzutage zur Staatsräson. Allerdings ist die Realität eine andere: Wie stark Antisemitismus an Schulen verbreitet ist, zeigt eine Umfrage, die wir Mitte 2019 bei jüdischen Kindern und Jugendlichen im Alter zwischen zehn und 20 Jahren durchgeführt haben. Die Umfrage wurde in Form einer Online-Befragung in jüdischen Jugendgruppen im gesamten Bundesgebiet realisiert. In der Studie sollten in möglichst einfacher Form die persönlichen Befindlichkeiten der Schüler*innen als Jüdinnen und Juden im schulischen Umfeld erhoben werden. Schließlich lassen sich aus den Befindlichkeiten der rund 75 Teilnehmer*innen einige Rückschlüsse auf das allgemeine Schulklima ziehen.

Überwiegend erfolgten die Antworten anonym. Im Falle der Alltagserfahrungen erfolgten sie teilweise personifiziert. Um die Teilnehmer*innen der Befragung zu schützen, werden die Alltagserfahrungen und deren Auswertung anonymisiert dargestellt.

Laut Umfrage fühlen sich 48% der befragten Schüler*innen in der Schule aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit „anders“. 35% vermeiden, ein jüdisches Symbol wie eine Kippa oder eine Davidstern-Halskette zu tragen; knapp 9% tragen Symbole „nur verdeckt“, knapp 27% nur „manchmal“. Fast 65% stimmten der Frage zu, ob sie in bestimmten Situationen die Tatsache, dass sie jüdisch sind, zurückhalten. Nur 12% der Schüler*innen waren überzeugt, dass der Antisemitismus in den vergangenen Jahren nicht zugenommen hat. Fast 87% der Befragten bejahten die Frage, ob in ihrem Umfeld bereits Witze über sie oder allgemein über Jüdinnen und Juden gemacht wurden. Eine jüdische Referendarin berichtete uns über einen Vorfall, der sich während ihrer Arbeit am Gymnasium ereignete: Die junge Lehrerin betritt das erste Mal die Klasse, in der sie eine Vertretungsstunde halten soll. Als sie in das Klassenzimmer eintritt und die Klasse begrüßen möchte, ruft ein Schüler „Sieg Heil!“ und zeigt den Hitlergruß. Auf die Frage, weshalb er das mache, antwortete der Schüler: „Mein Opa macht das auch immer.“

Anhand der Ergebnisse der Untersuchung wird rasch deutlich: Die momentane Auseinandersetzung mit Antisemitismus an Schulen ist unzureichend; der Umgang mit den Erfahrungen, die jüdische Schüler*innen sammeln, stellt eine pädagogische Herausforderung dar. Dabei ist nicht nur ein kluger und konsequenter Umgang mit antisemitischen Vorfällen erforderlich – sondern auch eine kluge und konsequente präventive Arbeit, um antisemitische Äußerungen im besten Fall abzuwenden. Im Folgenden möchten wir einige Handlungsempfehlungen für eine bessere Prävention von Antisemitismus in Schulen vorstellen.

Bereits in der Grundschule sollte Wissen über das Judentum und jüdisches Leben vermittelt werden. Die Vermittlung des Wissens sollte fächerübergreifend stattfinden und nicht auf den Religionsunterricht beschränkt sein. Judentum und jüdisches Leben könnten beispielsweise im Sachunterricht in der Rubrik verschiedener Kulturen vorgestellt werden. Viele muslimische Kinder besuchen keinen Religionsunterricht, weshalb sie erst in weiterführenden Schulen im Rahmen des Geschichtsunterrichts mit der Shoah konfrontiert werden. Oftmals *nur* mit der Shoah.



*Unter Schüler*innen ist „Du Jude!“ allzu häufig eine Beleidigung.
© Piotr Lewandowski | de.freemages.com/photo/back-to-school-1416942*

Über die Shoah hinaus ist jedoch die Vermittlung des Judentums und des jüdischen Alltags dringend erforderlich, um – häufig tradierte – antisemitische Bilder und Stereotype in den Köpfen der Schüler*innen auflösen zu können. Lehrkräfte können mithilfe verschiedener Präventionsprogramme jüdische Schüler*innen in die Klasse einladen, um sich gegenseitig kennenlernen und austauschen sowie kritische und schwierige Fragen besprechen zu können.

Dabei wird den Schüler*innen ausreichend Raum gegeben, sich mit gleichaltrigen jüdischen Schüler*innen auf Augenhöhe zu unterhalten. Im Kindergarten und in der Grundschule gibt es bisher keinerlei Projektformate, um antisemitische Bilder und Stereotype durch Begegnung abzubauen. Allerdings sind derzeit mehrere Handreichungen in Planung.

Neben der Stärkung präventiver Arbeit darf die fehlende Kompetenz von Lehrer*innen im Umgang mit antisemitischen Vorfällen in Schulen nicht aus den Augen verloren werden. Ein erster Schritt ist die Sensibilisierung dafür, was antisemitisch ist. In Baden-Württemberg

wurde im März 2018 an allen weiterführenden Schulen eine Meldepflicht für „religiöses und ethnisches Mobbing“ eingeführt. Aus einer Kleinen Anfrage der Fraktion Grüne im Landtag ging hervor, dass der Landesregierung bis 12. Februar 2019 insgesamt 13 antisemitische Vorfälle vorlagen, die aufgrund der Meldepflicht registriert worden waren. Viele Lehrkräfte fühlen sich überfordert und nicht ausreichend vorbereitet, mit verbalen wie nonverbalen Angriffen auf jüdische Schüler*innen umzugehen. Schließlich nimmt das Thema in der Aus- und Fortbildung einen unzureichenden Platz ein. In derselben Anfrage stellte die Landesregierung fest: Im Jahr 2018 nahmen schulartübergreifend insgesamt 714 Lehrkräfte an einer Fortbildung teil, die sich schwerpunktmäßig mit Antisemitismus befasste. Das sind nur 0,6 % aller Lehrer*innen.

Zusammenfassend lässt sich festhalten: Antisemitismus ist eine akute Herausforderung an Schulen. Deshalb ist einerseits ein Ausbau präventiver Arbeit gegen Antisemitismus und andererseits eine stärkere Auseinandersetzung mit antisemitischen Vorfällen erforderlich. Beides sollte bereits im Kindergartenalter einsetzen; dies sollte besonders im Bereich der Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte berücksichtigt und entsprechend einbezogen werden. Die Schulen müssen ein Ort werden, an dem sich alle Kinder und Jugendlichen – unabhängig von der Religionszugehörigkeit – wohlfühlen können.

Die folgenden Forderungen wurden im Rahmen des Netzwerktreffens gegen Antisemitismus für Baden-Württemberg zur Stärkung der zivilgesellschaftlichen Strukturen im Kampf gegen Antisemitismus diskutiert:

In Bildungseinrichtungen – von Kindergarten und Grundschule bis zum Gymnasium – ist die verstärkte Vermittlung des jüdischen Lebens/Judentums sowie des Antisemitismus in seinen unterschiedlichen Ausprägungen erforderlich. Um dies sicherzustellen, sind entsprechende Angebote in der Aus- und Fortbildung der Pädagog*innen sowie Präventions- und Bildungskonzepte notwendig, die Kindern und Jugendlichen einen kritischen Umgang mit Antisemitismus und den Sozialen Netzwerken ermöglichen. Die antisemitischen Vorfälle, die im Rahmen der Meldepflicht an baden-württembergischen Schulen erfasst werden, sind in die Aus- und Fortbildungsangebote einzubinden.

Quellen

Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg (22.01.2019): „Meldepflicht für antisemitische und andere religiös oder ethnisch motivierte Diskriminierungsvorfälle an Schulen in Baden-Württemberg II“, Antwort auf eine Kleine Anfrage des MdL Wilhelm Halder (URL: www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/5000/16_5562_D.pdf, zuletzt aufgerufen am 20.08.2019)

„Die Mehrheit der Gesellschaft bleibt still“

Gespräch mit Rami Suliman
Israelitische Religionsgemeinschaft Baden

Franziska Göpner, Anne Frank Zentrum *Haben antisemitische Resentiments Ihrer Einschätzung nach in den letzten Jahren zugenommen? Falls ja, welche Faktoren haben den Antisemitismus verstärkt?*

Rami Suliman *Das Internet im Allgemeinen und die Sozialen Netzwerke im Besonderen haben den Antisemitismus deutlich sichtbarer gemacht und gestärkt. Antisemit*innen waren nie weg. Sie waren immer da. Aber man hat sie ohne das Internet, ohne die online verbreitete Hetze nicht bzw. weniger gehört. Die jüdischen Gemeinden brauchen zweifelsohne on- wie offline mehr Sicherheit und Schutz.*

Wenn Sie Sicherheit und Schutz einfordern, hat also die Angst zugenommen?

Ja, definitiv. Im Laufe der vergangenen Jahre hat die Angst innerhalb der jüdischen Gemeinden zugenommen. Jüdinnen und Juden werden online mit reichlich Antisemitismus konfrontiert. Aber der gestiegene Antisemitismus macht sich genauso auf der Straße bemerkbar. Jüdinnen und Juden tragen kaum noch jüdische Symbole. Auf den Schulhöfen wird das Wort „Jude“ als Schimpfwort wahrgenommen. Aber: Es ist keine Schande, ein Jude bzw. eine Jüdin zu sein.

Wie gehen die jüdischen Gemeinden und Sie persönlich mit der Angst um?

Wir versuchen, uns der Öffentlichkeit zu öffnen, um die zunehmenden Ängste, die wir spüren, und die Vorurteile, die viele Menschen gegenüber uns haben, abzubauen. Uns liegt die Begegnung am Herzen, deshalb bieten wir beispielsweise Führungen durch die örtlichen Synagogen an. Zudem haben wir aktive jüdische Jugend- und Studierendenverbände, die das Judentum und jüdisches Leben in die Welt tragen.



*Die extrem rechte, 2013 in Heidelberg gegründete Kleinstpartei „Der III. Weg“ dämonisiert den Staat Israel als „Terrorstaat“. Der israelbezogene Antisemitismus ist eine tragende Säule der offen NS-verherrlichenden Partei.
© Lucius Teidelbaum*



An einer Demonstration der extrem rechten Kleinstpartei „Die Rechte“ in Pforzheim vom 11. Mai 2019 beteiligten sich etwa 80 Neonazis. Die Partei provozierte mit der Parole „Israel ist unser Unglück!“, die an die antisemitische Parole „Die Juden sind unser Unglück!“ des NS-Hetzblattes „Der Stürmer“ erinnert. © imago images | vmd-images | Marc Gruber

Wie empfinden Sie das Verhalten der Zivilgesellschaft im Kampf gegen Antisemitismus?

Wir Jüdinnen und Juden sind im Kampf gegen Antisemitismus nicht alleine. Im Gegensatz zur Lage in den 1930er Jahren solidarisieren sich Menschen mit der jüdischen Gemeinschaft. Schauen wir nach Pforzheim: Die Neonazi-Partei „Die Rechte“ plakatierte im Vorfeld der Kommunal- und Europawahlen 2019 üble Plakate mit der Parole „Israel ist unser Unglück!“ Innerhalb kürzester Zeit formierte sich ein breites Protestbündnis gegen die Hetzparole. Das Bündnis hat ein wichtiges Signal der Solidarität in die Gesellschaft gesendet, das ich sehr schätze.

Was könnte sich dennoch verbessern? Was wünschen Sie sich?

Natürlich wünsche ich mir sehr, dass die gesamte Gesellschaft den Mund aufmacht, wenn sich der Antisemitismus Bahn bricht. Das Beispiel der Kleinstpartei „Die Rechte“ verdeutlicht: Antisemit*innen, allen voran Neonazis, reizen die Grenzen der Meinungsfreiheit geschickt aus. Wir alle sind an dieser Stelle gefordert, die Stimme zu erheben. Zugleich finde ich, dass die Justiz gefordert ist. Die Gesetze, die die Sanktionierung antisemitischer Straftaten und Vorfälle regeln, sollten dringend verschärft werden.

Haben Sie den Eindruck, in Schulen sollte mehr zum Thema Antisemitismus gemacht werden?

In Schulen gibt's noch reichlich Handlungsbedarf. Uns allen sollte bewusst sein: Es gibt ausreichend Informationen zum Antisemitismus. Allerdings sollten wir handeln. Jetzt! Was ich wahrnehme, ist eine mangelnde Sensibilität für die Thematik und für den Umgang mit antisemitischen Vorfällen. In Teilen beobachte ich einen lobenswerten Umgang. Machen wir's konkret: Mein eigener Sohn entdeckte ein Hakenkreuz auf seinem Schultisch im Klassenzimmer. Der Lehrer reagierte souverän, thematisierte das Problem in der Klasse und verdeutlichte das Ausmaß des Vorfalles. Einen solch aktiven Umgang wünsche ich mir.

Wie nehmen Sie den Nahostkonflikt im Hier und Jetzt wahr?

Ich lebe seit etwa 40 Jahren in Deutschland. Im Verlauf der Jahrzehnte habe ich immer und immer wieder festgestellt, wie der Nahostkonflikt nach Deutschland herüberschwappt. Die Hemmungen bei vielen Deutschen gegenüber Israel sind bis heute stark. Eine klare Haltung zum Staat Israel scheuen viele. So spendete letzstens eine Pforzheimer Bank anlässlich des israelischen Unabhängigkeitstages. Allerdings wollte sie in der Öffentlichkeit nicht genannt werden – weil dies „politisch“ sei, lautete die Begründung. Ein Bekenntnis zum Existenzrecht Israels scheuen viele. Die Mehrheit der Gesellschaft bleibt still.

Der zunehmende Antisemitismus ist ...

... keinesfalls nur das Problem der jüdischen Gemeinden. Es ist ein Problem für die Demokratie und die Gesellschaft. Der Kampf gegen Antisemitismus ist daher eine Aufgabe der gesamten Bevölkerung. Dass diese in Deutschland nicht die höchste Priorität hat, nehme ich zur Kenntnis. Dennoch stelle ich oft fest: Nicht nur Teile der Zivilgesellschaft, sondern auch staatliche Behörden wie die Polizei stehen uns Jüdinnen und Juden zur Seite. Das ist sehr wichtig für uns.

Das Gespräch wurde im Kontext des Netzwerktreffens gegen Antisemitismus für Baden-Württemberg am 9. Juli 2019 geführt. Rami Suliman beteiligte sich am Podiumsgespräch, das jüdische Perspektiven auf Antisemitismus in das Blickfeld rückte.

Israelbezogener Antisemitismus

Florian Eisheuer Amadeu Antonio Stiftung
Markus Textor Emanzipation und Frieden e.V.

Antisemitismus ist nicht statisch, sondern passt sich stets den Gegebenheiten einer Welt im Wandel an. Er ist ein kultureller Code, der über Jahrhunderte hinweg fest in die hiesige Gesellschaft eingeschrieben und einer prozesshaften Dynamik unterworfen ist. Bezieht sich Antisemitismus heutzutage auf den Staat Israel, greift er teilweise auf alte Bilder und Denkmuster zurück.

Zwar existieren traditionelle Formen des Antisemitismus ohne Israelbezug bis heute, aber sie sind in der Mehrheitsgesellschaft in hohem Maße sozial geächtet. Das betrifft vor allem Erscheinungsformen, die mit der Shoah in Verbindung gebracht werden. Der israelbezogene Antisemitismus hingegen erscheint für viele akzeptabler, schließlich wird er meist als vermeintliche „Israelkritik“ codiert und nimmt für sich in Anspruch, die Menschenrechte zu verteidigen und sich nach Frieden zu sehnen. Empirische Studien belegen bereits seit Jahren, dass israelbezogener Antisemitismus eine simple Form der Umwegkommunikation ist, um politische Diskurse und die Grenze des Sagbaren zu verschieben. Natürlich ist eine legitime Kritik an der israelischen Regierungspolitik ohne Antisemitismus möglich – aber 90% jener, die „Israelkritik“ betreiben, greifen dennoch auf antisemitische Denkmuster zurück (vgl. Küpper/Zick).



Am 25. Juli 2014 fand anlässlich des Gaza-Krieges eine pro-palästinensische Demonstration in Stuttgart statt. Die Schilder und Plakate, die die Teilnehmenden während der Veranstaltung zeigten, enthielten teilweise antisemitische Botschaften wie „Kindermörder Israel“.
© Lucius Teidelbaum

Gelegentlich überschneidet sich der israelbezogene Antisemitismus mit Geschichtsrevisionismus und Schuldabwehr: Wenn Israel unterstellt wird, der Staat agiere genauso schlimm oder schlimmer als das NS-Regime, wird implizit die Frage mitverhandelt, ob man Israel überhaupt noch etwas schuldig sei. Schließlich verhalte sich Israel heutzutage genauso unmoralisch, wie man sich damals selbst unmoralisch verhalten habe. Auf diese Weise wird die politische Verantwortung abgewehrt. Die Losung lautet: „gestern Opfer, heute Täter“.

Der Wunsch nach einer klaren Grenze zwischen Kritik und Antisemitismus ist durchaus nachvollziehbar. Allerdings ist die Grenzziehung schwierig: Es gibt zwar bestimmte Begriffe wie die Bezeichnung Israels als „Krebsgeschwür“, deren Verwendung recht eindeutig auf Antisemitismus hinweist. Die Abwesenheit solcher Begriffe bedeutet jedoch nicht, dass das Geäußerte frei von Antisemitismus ist. Primär sollte der Blick nicht auf sprachliche Ausdrucksformen, sondern auf argumentative Grundmuster gerichtet werden.

Der sogenannte „3D-Test“ von Natan Scharanski ist ein einfaches Instrument, das einen ersten Hinweis geben kann, ob es sich um legitime Kritik oder Antisemitismus handelt. Je deutlicher eine Aussage die Elemente der ① Dämonisierung, ② Doppelstandards und ③ Delegitimierung erfüllt, desto wahrscheinlicher ist sie antisemitisch.

① Dämonisierung: Bereits im christlichen Antijudaismus war die Dämonisierung der Menschen jüdischen Glaubens als Gottesmörder, als das personifizierte Böse ein integraler Bestandteil des Antisemitismus. Indem Israel mit der NS-Diktatur oder der Apartheid Südafrikas gleichgesetzt wird, wird die Form kollektiver Verteufelung auf den Staat übertragen.

② Doppelstandards: Es handelt sich um Antisemitismus, wenn Jüdinnen und Juden ein bestimmtes Verhalten übelgenommen wird, das man der nicht-jüdischen Mehrheitsgesellschaft nicht übelnimmt. Wenn der Staat Israel aus der Gesamtheit herausgegriffen und über jedes Maß getadelt wird, aber gleichzeitig eklatante Menschenrechtsverletzungen anderer Staaten gar nicht oder nur zurückhaltend thematisiert werden, liegt ein Hinweis auf Antisemitismus vor.

③ Delegitimierung: Im traditionellen Antisemitismus wurde dem Judentum seine Legitimität in Gänze abgesprochen. Wenn Jüdinnen und Juden heute das Recht auf einen Nationalstaat abgesprochen wird, liegt ein Hinweis auf Antisemitismus vor.

An dieser Stelle sei auf die Ausführungen der „International Holocaust Remembrance Alliance“ (IHRA) verwiesen, die detaillierter und konkreter sind und über den „3D-Test“ hinausgehen.

Quellen

Blume, Dr. Michael (2019): „1. Bericht des Beauftragten der Landesregierung Baden-Württemberg gegen Antisemitismus mit einem Überblick über den Sachstand und Empfehlungen zur Bekämpfung des Antisemitismus“ (URL: https://stm.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/dateien/PDF/190701_StM_Bericht_Beauftragter_gegen_Antisemitismus_B-W.pdf, zuletzt aufgerufen am 20.11.2019)

Küpper, Beate/Zick, Andreas (2005): „Kurzbericht zum GMF-Survey, 2005/1 – Antisemitismus in Deutschland“ (URL: www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/antisemitismus_in_deutschland.pdf, zuletzt aufgerufen am 20.11.2019)

Teidelbaum, Lucius (28.07.2014): „Gaza-Demonstration in Stuttgart: Auf der Straße gegen Israel“ (URL: www.hagalil.com/2014/07/gaza-demonstration/, zuletzt aufgerufen am 20.11.2019)

Im Folgenden wird auf Ereignisse in Baden-Württemberg Bezug genommen und deren Nähe zum Antisemitismus diskutiert. Besondere Aufmerksamkeit liegt dabei auf der Tagung „Shrinking space im Israel-Palästina-Konflikt“, die vom 21. bis 23. September 2018 in den Räumlichkeiten der Evangelischen Akademie Bad Boll stattfand. Diese Tagung ist ein herausragendes Beispiel für die oben erwähnte Verschiebung der Grenze des Sagbaren im Nahostkonflikt.



Auf dem Plakat eines Teilnehmenden an einer pro-palästinensischen Demonstration wird behauptet, der Staat Israel tue den Palästinenser*innen das an, was Adolf Hitler einst den Jüdinnen und Juden im Nationalsozialismus antat. © Lucius Teidelbaum

Die Behauptung, es gebe einen „shrinking space“ (einen „schrumpfenden Raum“) für legitime Kritik an der israelischen Politik, basiert auf der Annahme, jeder pro-palästinensische Standpunkt werde sofort als „antisemitisch“ gebrandmarkt. Dadurch sei ein konstruktiver Diskurs über Demokratie und Menschenrechte im Nahen Osten nicht möglich. Unter den rund 20 Teilnehmenden der Vorträge und Podien befanden sich gleich mehrere Personen, die in der Vergangenheit durch fragwürdige Äußerungen bezüglich des Nahostkonflikts aufgefallen waren. Ein Beispiel: Rolf Verleger, einst Direktoriumsmitglied des Zentralrats der Juden in Deutschland, musste 2006 sein Amt als Vorsitzender der jüdischen Gemeinde Lübeck wegen kritischer Äußerungen zur

israelischen Militäraktion gegen Libanon niederlegen. In einem Offenen Brief vom 9. August 2006 an die damalige Präsidentin des Zentralrats, Charlotte Knobloch, prangerte er an, Israel bestrafe Menschen „in Kollektivverantwortung“. Der Staat handle nach dem Motto „ein getöteter Landsmann, zehn Libanesen“ und praktiziere „gezielte Tötungen ohne Gerichtsverfahren“. Verleger positionierte sich 2014 zum Gaza-Krieg ähnlich. In einem Beitrag verglich er das Vorgehen Israels in Gaza mit antijüdischen Pogromen im russischen Zarenreich. In der Kritik am linken Antisemitismus sieht er ein erfundenes „Propagandakonstrukt“ der Verteidiger*innen Israels, um eine legitime Kritik an der israelischen Politik „abzuwürgen“.

Derartige Positionen waren kein Einzelfall: Annette Groth, ehemalige Bundestagsabgeordnete der Linksfraktion, die 2010 wegen ihrer Beteiligung an der „Gaza-Flotte“ unter Kritik stand, beklagte anhand der israelfeindlichen BDS-Kampagne die vermeintliche Meinungszensur durch die Antisemitismus-Keule. Groth erkannte in der Kampagne, die zum Boykott des Staates aufruft, im Gegensatz zum breiten Konsens im Bundestag keinen Antisemitismus; stattdessen vermutete sie in der aktuellen Diskussion über Antisemitismus lediglich ein Instrument gegen abweichende Haltungen zum Konflikt im Nahen Osten. Die Münchnerin Judith Bernstein, eine weitere Rednerin der Tagung „Shrinking space im Israel-Palästina-Konflikt“, verteidigte die Kampagne als „sachliche Kritik an der Politik Israels“. Ingrid Rumpf,

die Kuratorin der Ausstellung „Die Nakba – Flucht und Vertreibung der Palästinenser 1948“, die aufgrund von möglichen Anknüpfungspunkten für antisemitische Bilder und Stereotype umstritten ist, und ebenso Rednerin der Tagung, bezeichnete die Dokumentation „Auserwählt und ausgegrenzt – Der Hass auf Juden in Europa“ als propagandistisches Werk. Schließlich wolle der Film die Begriffe „Antisemitismus“, „Antizionismus“ und „Israelkritik“ vermischen und die Diskussion über den Nahostkonflikt vergiften, um „eine sachgerechte öffentliche Meinungsbildung“ zu verhindern. Trotz erheblicher Kritik an der Nakba-Ausstellung zeigte Rumpf sie sowohl im Haus der Katholischen Kirche in Stuttgart als auch in der Evangelischen Akademie Bad Boll. Ein prominenter Kritiker der Ausstellung ist der Beauftragte der Landesregierung gegen Antisemitismus, Dr. Michael Blume, der 2019 in seinem ersten Lagebericht die „Überarbeitung oder Erneuerung“ der Ausstellung forderte (vgl. Blume 2019: 55). In den Diskussionen ist umstritten, ob die Ausstellung per se antisemitisch ist oder nicht.

Die Tagung „Shrinking space im Israel-Palästina-Konflikt“ bestätigte einen Diskurs, dessen Gegenstand es ist, um jeden Preis unter der Behauptung, die Meinungsfreiheit zu verteidigen, Israel kritisieren zu müssen. Derartige Veranstaltungen sind das Fundament politischer Mobilmachung. In Baden-Württemberg fanden im Laufe der vergangenen Jahre zahlreiche damit verbundene Demonstrationen statt: Anlässlich des Gaza-Kriegs gab es 2014 eine Welle israelfeindlicher Proteste.

In Städten wie Stuttgart und Tuttlingen, Heilbronn und Mannheim gingen mehrere tausend Menschen auf die Straße, um gegen den „Terrorstaat“ Israel zu demonstrieren. Bei der Demonstration in Stuttgart, die am 25. Juli 2014 stattfand, riefen unzählige Teilnehmende antisemitische Parolen wie „Kindermörder Israel“ und zeigten eine Reihe antisemitischer Plakate und Schilder (vgl. Teidelbaum, 28.07.2014). Die Proteste zeigten das Ausmaß des israelbezogenen Antisemitismus in Baden-Württemberg.

Die folgenden Forderungen wurden im Rahmen des Netzwerktreffens gegen Antisemitismus für Baden-Württemberg zur Stärkung der zivilgesellschaftlichen Strukturen im Kampf gegen Antisemitismus diskutiert:

Um das Ausmaß des israelbezogenen Antisemitismus erfassen zu können, ist eine Stärkung derjenigen Initiativen aus der Zivilgesellschaft erforderlich, die sich beispielsweise mit antisemitischen Tendenzen in muslimisch sozialisierten und pro-palästinensischen Milieus oder mit der antisemitischen BDS-Kampagne an Hochschulen/Universitäten beschäftigen. Eine finanzielle Stärkung der Initiativen ist die Grundlage für die Entwicklung eines Problembewusstseins in der Öffentlichkeit. Die Erkenntnisse der einzelnen Initiativen müssen in Form eines Monitorings gebündelt werden. Die finanziell ausgestattete Leitung des Monitorings ist in das antisemitismuskritische Netzwerk des Bundeslands einzubinden.

„Die Gleichgültigkeit entsetzt mich“

Gespräch mit Irina Katz
Israelitische Gemeinde Freiburg

Franziska Göpner, Anne Frank Zentrum *Inwiefern stellen Sie in den letzten Jahren eine Zunahme des Antisemitismus in der Stadt gegenüber Ihrer Gemeinde fest?*

Irina Katz Der Beauftragte der Landesregierung gegen Antisemitismus, Dr. Michael Blume, stellte dem Landtag kürzlich seinen ersten Bericht vor. Im Bericht schreibt er, dass antisemitische Straftaten in Baden-Württemberg zuletzt stark zugenommen haben. Die Anfeindungen spüren wir Jüdinnen und Juden in Freiburg hautnah. Insbesondere im direkten Umfeld der Synagoge unserer Gemeinde. Bis heute bedeutet das Jüdischsein in Deutschland, stigmatisiert und massiv angefeindet zu werden. Daher hoffe ich, dass wir im engen Austausch die Gefahren durch den wachsenden Antisemitismus klar und deutlich benennen und möglichst konkrete Ideen sammeln, um ihm entschlossen entgegenzutreten.



Am 26. August und 02. September 2017 traktierten Unbekannte die Neue Ulmer Synagoge mit Fußtritten und Metallpfosten. Dabei ist ein erheblicher Sachschaden entstanden. © Kereul | CC BY 3.0 | commons.wikimedia.org/wiki/File:Hanukkah-ulm-2014.JPG

Was haben Sie persönlich erlebt und in der Gemeinde mitbekommen?

Ich selbst bin aus der ehemaligen Sowjetunion wegen des massiven Antisemitismus geflohen. In Freiburg habe ich vor rund 25 Jahren nicht allzu viel über antisemitische Vorfälle mitbekommen. Es war ziemlich ruhig. Allerdings kannten wir das Problem bereits aus den Schulen, wovon uns jüdische Kinder erzählt haben. Seit etwa fünf Jahren nehme ich eine starke Zunahme des Antisemitismus wahr, weshalb ich die Schilderungen von Dr. Blume vollumfänglich bestätigen kann. Immer wieder erleben wir antisemitische Beleidigungen, Schmierereien, Flaschenwürfe, ... Besonders alarmierend finde ich: Die Angriffe kommen aus sämtlichen Communities und politischen Lagern.

Der Antisemitismus in Freiburg geht nicht nur vom rechten Spektrum aus?

Keineswegs. Das wird am Beispiel des israelbezogenen besonders deutlich. Jüdinnen und Juden, die in Freiburg leben, werden für die israelische Regierungspolitik verantwortlich gemacht. Leider ist die Haltung bei unterschied-

lichsten Akteur*innen anschlussfähig. Dennoch möchte ich die Gefahr durch die Rechten nicht verharmlosen. Die AfD ist hinsichtlich des Antisemitismus ein erhebliches Problem. Sie instrumentalisiert Jüdinnen und Juden aus der UdSSR, um gegen Geflüchtete und Migrant*innen zu hetzen. Es ist bedauernswert, dass jüdische Unterstützer*innen der Partei übersehen, in welchem Ausmaß die Partei den offensichtlichen Antisemitismus in den eigenen Reihen duldet. Die Feindbilder ändern sich schnell. Heute werden Geflüchtete zur Zielscheibe – und morgen möglicherweise: wir.

Was wünschen Sie sich von der Zivilgesellschaft?

Ich wünsche mir, dass sich die nicht-jüdische Mehrheitsgesellschaft mit uns Jüdinnen und Juden solidarisiert. Als der Bundesbeauftragte gegen Antisemitismus, Dr. Felix Klein, zum solidarischen Tragen der Kippa aufgerufen hat, bin ich durch die Stadt gelaufen und habe keinen Menschen gesehen, der eine Kippa trug. Die fehlende Solidarität schmerzt. Ich erinnere mich an einen Vorfall, der sich 2017 zugetragen hat: Unmittelbar vor unserer Gemeinde wurde ein Feuer gelegt. Das Feuer brannte eine halbe Stunde lang. Bis die Feuerwehr eintraf und den Brand löschte. Unsere Videoüberwachung belegt: Zahlreiche Menschen sind am Brand vorbeigegangen – und niemand hat eingegriffen. Die Gleichgültigkeit entsetzt mich.

Wie gehen Sie mit der fehlenden Solidarität und den zunehmenden Anfeindungen um?

Wir versuchen, stets positiv zu denken. Im Jahr 2020 feiern wir das 150. Jubiläum der Jüdischen Gemeinde in Freiburg. Zwar spüren wir ein wachsendes Angstgefühl innerhalb der Gemeinde, und die Mitglieder fordern mehr Sicherheit. Dennoch möchten wir solch strenge Sicherheitskontrollen, wie sie in Berlin bereits zur Tagesordnung gehören, nicht einführen. Denn mit der drastischen Erhöhung der Kontrollen geht stets ein gewisses Maß an Abschottung einher. Wir suchen eher nach der „goldenen Mitte“.

Wie sieht die „goldene Mitte“ aus? Welchen Weg möchten Sie gehen?

Ich möchte den Weg der Integration gehen. Wenn wir uns vor antisemitisch motivierten Morden wie im Nachbarland Frankreich bewahren möchten, ist der Weg der Integration wichtiger denn je. Ein wichtiger Ansatz ist hierfür der interreligiöse „Dialog“. Wir sollten die Erfolge aus Pforzheim, nämlich die Initiierung von fortlaufenden Gesprächen zwischen Christentum, Islam und Judentum, nach Freiburg tragen.

An welchen Stellen sehen Sie persönlich Nachholbedarf für Politik und Behörden?

Die Zivilgesellschaft kann die Bekämpfung des Antisemitismus nicht allein bewerkstelligen. Das „Kompetenzzentrum für Prävention und Empowerment“ der ZWST und dessen Leiterin Marina Chernivsky leisten beispielsweise eine hervorragende Arbeit in der Ausbildung von Lehrkräften zum Thema Antisemitismus. Bisher hat die Stadt Freiburg jedoch keine Fortbildungen des ZWST in Anspruch genommen. Freiburg muss handeln! Die Sicherheit zu gewährleisten und den jüdischen Eltern ihre Ängste davor zu nehmen, ihre Kinder zum jüdischen Religionsunterricht zu schicken, sind Aufgaben, die von der Polizei und von der Schulbehörde angegangen werden müssen. Zudem muss die Justiz die antisemitischen Vorfälle ernstnehmen. Es darf nicht sein, dass sämtliche Strafanzeigen, die wir in der Vergangenheit gestellt haben, ins Leere laufen.

Das Gespräch wurde im Kontext des Netzwerktreffens gegen Antisemitismus für Baden-Württemberg am 9. Juli 2019 geführt. Irina Katz beteiligte sich am Podiumsgespräch, das jüdische Perspektiven auf Antisemitismus in das Blickfeld rückte. Wenige Tage nach der Veranstaltung wurde die Israelitische Gemeinde Freiburg zur Zielscheibe eines antisemitischen Angriffs. Ein Mann attackierte Irina Katz am Eingang des Gemeindehauses mit Beleidigungen und Vernichtungsdrohungen wie „Ich schlag Dich tot!“ und „Mich wundert nicht, dass Hitler Euch vergast hat!“

Schuldabwehr in der Gesellschaft und den Parlamenten

Timo Büchner

Netzwerk gegen Rechts Main-Tauber

Die Leipzig-Studien, die seit 2002 regelmäßig die Verbreitung autoritärer und rechtsextremer Einstellungen in der deutschen Gesellschaft erfassen, belegen die Kontinuität antisemitischer Einstellungsmuster in Deutschland. 2019 gab der Beauftragte der baden-württembergischen Landesregierung gegen Antisemitismus, Dr. Michael Blume, eine Auswertung der aktuellen Studie mit Blick auf Baden-Württemberg in Auftrag. Die Ergebnisse zeigen: Antisemitische Einstellungen sind – in weiten Teilen latent, in vergleichsweise geringen Teilen manifest – in der Bevölkerung Baden-Württembergs verbreitet.

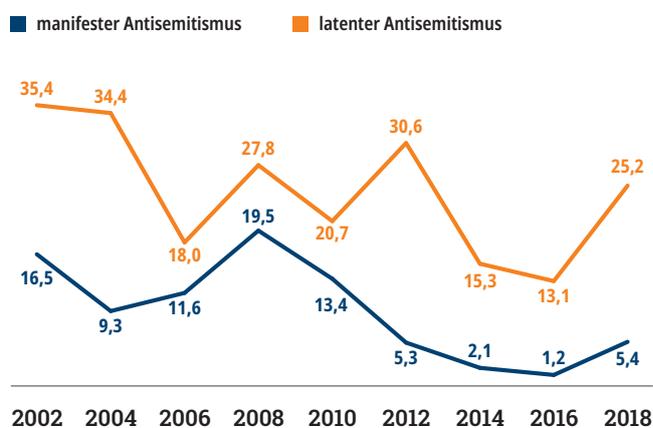
Die antisemitischen Ressentiments treten in der Form des sekundären (auch: schuldabwehrenden) Antisemitismus besonders deutlich zu Tage. Der sekundäre Antisemitismus behauptet im Kern, in Deutschland werde ein „Schuld kult“ betrieben, um die Deutschen und deren nationale Identität kleinzuhalten. Die Ergebnisse der Studie zeigen: Nur jede fünfte Person lehnte die Aussage „Wir sollten uns lieber gegenwärtigen Problemen widmen als Ereignissen, die mehr als 70 Jahre vergangen sind“ entschieden ab.

Da schuldabwehrende Einstellungen in der Bevölkerung Baden-Württembergs weit verbreitet sind, überrascht es nicht, dass die Landtagswahlen 2016 und die Kommunalwahlen 2017 eine Vielzahl an Menschen in die Parlamente Baden-Württembergs befördert haben, die die Erinnerungskultur der Bundesrepublik ablehnen und im Gedenken an die Shoah einen „Schuld kult“ sehen.

Ein besonders drastisches Beispiel ist der Abgeordnete Dr. Wolfgang Gedeon (Wahlkreis 57: Singen). Er sorgte 2016 für Schlagzeilen: Gedeons antisemitische Schriften, u. a. das Buch „Der grüne Kommunismus und die Diktatur der Minderheiten“ (2012), führten zur zwischenzeitlichen Spaltung der AfD-Fraktion sowie zu seinem Austritt aus der Fraktion. Gedeon behauptete, die Erinnerung an den Holocaust sei die „Zivilreligion des Westens“ und Holocaustleugner*innen wie Horst Mahler seien „Dissidenten“. Zudem nannte er das Judentum den „inneren“ und den Islam den „äußeren“ Feind des

Latenter und manifeste Antisemitismus in Baden-Württemberg 2002–2018 (in %)

Quelle: Decker, Oliver et al. (2019): „Antisemitismus in Baden-Württemberg. Leipzig-Studien zu Autoritarismus und rechtsextremer Einstellung in Deutschland 2002–2018“, S. 18



Antisemitismus in der Umwegkommunikation in Baden-Württemberg 2018 (in %)

Quelle: Decker, Oliver et al. (2019): „Antisemitismus in Baden-Württemberg. Leipzig-Studien zu Autoritarismus und rechtsextremer Einstellung in Deutschland 2002–2018“, S. 22

■ manifeste Antisemitismus „stimme überwiegend zu“ und „stimme voll und ganz zu“
 ■ latente Antisemitismus „stimme teils zu, teils nicht zu“



„Es macht mich wütend, dass die Vertreibung der Deutschen und die Bombardierung deutscher Städte immer als kleinere Verbrechen angesehen werden.“



„Reparationsforderungen an Deutschland nutzen oft gar nicht den Opfern, sondern einer Holocaust-Industrie von findigen Anwälten.“



„Wir sollten uns lieber gegenwärtigen Problemen widmen als Ereignissen, die mehr als 70 Jahre vergangen sind.“

„christlichen Abendlandes“. Im Februar 2018 forderte er in einem Offenen Brief an den Oberbürgermeister und den Gemeinderat der Stadt Singen die Beendigung der Stolperstein-Aktion in der Stadt. Anlass war die Verlegung von Stolpersteinen für den KPD-Politiker Ernst Thälmann und dessen Familie. Die Haltung zur Stolperstein-Verlegung verdeutlicht seine Ablehnung der deutschen Erinnerungskultur. Auf die Kritik an die Verlautbarungen Gedeons beklagte Stefan Räßle (Wahlkreis 523: Kehl) den „ständig wiederholten und erniedrigenden Tenor von ‚Schuld und Sühne‘“ (Facebook, 24.01.2017).

Die Alternative für Deutschland (AfD) stellt die bisherige Erinnerungskultur der Bundesrepublik in Frage. Im Grundsatzprogramm klingt der gewünschte Politikwandel wie folgt: „Die aktuelle Verengung der deutschen Erinnerungskultur auf die Zeit des Nationalsozialismus ist zugunsten einer erweiterten Geschichtsbetrachtung aufzubrechen, die auch die positiven, identitätsstiftenden Aspekte deutscher Geschichte mit umfasst.“ (AfD-Grundsatzprogramm, S. 48) Wie sich die AfD die Wende in der Erinnerungspolitik vorstellt, zeigen zwei Anträge, die Prof. Dr. Jörg Meuthen am 20. Januar 2017 für die AfD-Fraktion im Haushaltsausschuss einbrachte. Im ersten Antrag forderte die Fraktion, die jährlichen Fördergelder von 120.000 € für die NS-Gedenkstätte Gurs in Frankreich zu streichen. Im zweiten verlangte sie, die Zuschüsse für Fahrten von Schulklassen zu „Gedenkstätten nationalsozialistischen Unrechts“ in Fahrten zu „bedeutsamen Stätten der deutschen Geschichte“ umzuwidmen. Schließlich sei eine „einseitige Konzentration“ auf das NS-Regime „abzulehnen“.

Der Wunsch nach einer „erweiterten Geschichtsbetrachtung“ hängt unmittelbar mit der „Schlussstrich“-Mentalität zusammen, d.h. mit der Überzeugung, die Erinnerung an die Schrecken der Shoah müsse 70 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges beendet werden. Diese Mentalität kommt in den Äußerungen von Dr. Christina Baum (AfD-Fraktion, Wahlkreis 23: Main-Tauber) besonders stark zum Vorschein. So antwortete Baum im August 2018 bei „abgeordnetenwatch.de“ auf die Frage eines Interessierten: „Ich persönlich sehe keine besondere Verantwortung mehr für irgendein Land dieser Welt, denn Vergangenheit muss auch endlich mal vergangen sein. Kein Volk dieser Erde kann auf Dauer einen ewigen Schuldkomplex verkraften, ohne einen seelischen und geistigen Schaden davon zu tragen. [...] Eine solche Schuldkultur zu pflegen, kann nur jemand wollen und deshalb betreiben, dem es genau darum geht: den Untergang eines Volkes.“ (11.08.2018) Anfang Mai 2019 ergänzte sie: „Es hat etwas von Masochismus, mit dem wir uns als Deutsche täglich quälen.“ (03.05.2019) Bereits im September 2017 hatte Baum im Rahmen einer Wahlkampfveranstaltung in Rottweil erklärt, der Staat wolle dem „deutschen Volk“ einen „krankhaften Selbsthass“ anerkennen: „Durch die Indoktrination einer deutschen Kollektivschuld entstehen



Nach einer Farbattache auf das „Bürgerbüro“ von Dr. Christina Baum in Tauberbischofsheim (Main-Tauber) verharmlost die baden-württembergische AfD-Fraktion die Schrecken des Nationalsozialismus, indem sie die Attacke mit den Novemberpogromen 1938 gleichsetzt. © Screenshot | Facebook-Seite „AfD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg“

entwurzelte, orientierungslose, letztendlich mental verstörte Persönlichkeiten, bei denen Scham und Demütigung so tief sitzen, dass sie nur noch einen Wunsch haben: Deutschland und mit ihm das deutsche Volk (möge) aus dem Gedächtnis der Menschheit für immer verschwinden. Dieser krankhafte Selbsthass ist wohl einzigartig auf der ganzen Welt. Und deshalb mache ich hier und heute den deutschen Staat für den selbstzerstörerischen Gemütszustand einer ganzen Generation verantwortlich.“ (18.09.2017)

Die Worte weisen deutliche Parallelen zur „Dresdner Rede“ (17.01.2017) des Thüringer AfD-Fraktionsvorsitzenden Björn Höcke auf. Er bezeichnete die Gedenkkultur als eine „dämliche Bewältigungspolitik“, das Berliner Holocaust-Mahnmal als ein „Denkmal der Schande“ und die Rede Richard von Weizsäckers zum „Tag der Befreiung“ als eine „Rede gegen das eigene Volk“. Zudem beklagte er die angeblich „nach 1945 begonnene systematische Umerziehung“ und forderte eine „erinnerungspolitische Wende um 180 Grad“.

Baum, die Erstunterzeichnerin der von Höcke initiierten „Erfurter Resolution“ (03/2015), war in der Vergangenheit bereits mehrfach durch extrem rechte Äußerungen und Positionen aufgefallen. So sprach sie 2015

in ihrer Bewerbungsrede zur Landesvorsitzenden vom „schleichenden Genozid der deutschen Bevölkerung“ und meinte die angebliche Vernichtung der Deutschen durch Einwanderung. Verantwortlich für den Genozid sei die „Asylpolitik der Grünen“.

Die Äußerungen der Abgeordneten verdeutlichen: Im Landesparlament Baden-Württembergs finden Menschen ein Zuhause, die sich offen gegen den „Schuld-kult“ aussprechen und das Fundament der Gedenkkultur der Bundesrepublik angreifen. Um die Kultur des Erinnerns zu wahren, ist der kritische Blick einer engagierten Zivilgesellschaft erforderlich.

Die folgenden Forderungen wurden im Rahmen des Netzwerktreffens gegen Antisemitismus für Baden-Württemberg zur Stärkung der zivilgesellschaftlichen Strukturen im Kampf gegen Antisemitismus diskutiert:

Die gesellschaftlich weit verbreitete Schuldabwehr und Schlussstrich-Mentalität ist nicht nur im Alltag der NS-Gedenkstätten, sondern auch auf allen Ebenen der Parlamente eine Herausforderung. Um das Ausmaß schuldabwehrender Äußerungen in den Parlamenten Baden-Württembergs zu erfassen, ist eine finanziell ausgestattete Meldestelle erforderlich, deren Leitung in turnusmäßigem Austausch mit dem Beauftragten der Landesregierung gegen Antisemitismus, antisemitismuskritischen Initiativen aus der Zivilgesellschaft, den NS-Gedenkstätten und dem Demokratiezentrum Baden-Württemberg steht. Der Austausch ist die Grundlage dafür, einen Umgang mit Schuldabwehr und Schlussstrich-Mentalität anhand konkreter Erfahrungen zu entwickeln.

Quellen

Alternative für Deutschland (2016): „Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland“ (URL: www.afd.de/grundsatzprogramm/#langversion, zuletzt aufgerufen am 28.11.2019)

Baum, Dr. Christina (11.08.2018): Antwort auf Frage von Reinhard Kallus an Dr. Christina Baum bezüglich Demokratie und Bürgerrechten (URL: www.abgeordnetenwatch.de/profile/dr-christina-baum/question/2018-08-09/301207, zuletzt aufgerufen am 28.11.2019)

Baum, Dr. Christina (03.05.2019): Antwort auf Frage von Lisa Kern an Dr. Christina Baum bezüglich Kultur (URL: www.abgeordnetenwatch.de/profile/dr-christina-baum/question/2019-04-28/314636, zuletzt aufgerufen am 28.11.2019)

Büchner, Timo (2018): „Organisierte rechte Strukturen zwischen Tauber, Kocher und Neckar (Hohenlohe, Main-Tauber, Neckar-Odenwald und Schwäbisch Hall)“, *Netzwerk gegen Rechts Main-Tauber*. Eigenverlag: Bad Mergentheim.

Decker, Oliver (2019): „Antisemitismus in Baden-Württemberg. Leipzig-Studien zu Autoritarismus und rechtsextremer Einstellung in Deutschland 2002–2018“ (URL: https://stm.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/dateien/PDF/190701_Anlage_StM_Bericht_Beauftragter_gegen_Antisemitismus_B-W_Decker_Leipzig_Studie_Antisemitismus_in_B-W.pdf, zuletzt aufgerufen am 28.11.2019)

Anhang: Arbeitsdefinition von Antisemitismus

International Holocaust Remembrance Alliance

Im Geiste der Stockholmer Erklärung, die ausführt: „Da die Menschheit noch immer von ... Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit gezeichnet ist, trägt die Völkergemeinschaft eine hehre Verantwortung für die Bekämpfung dieser Übel“, hat der Ausschuss für Antisemitismus und Holocaustleugnung das IHRA-Plenum in Budapest 2015 aufgefordert, die nachstehende Arbeitsdefinition von Antisemitismus anzunehmen.

Am 26. Mai 2016 beschloss das Plenum in Bukarest die Annahme der nachstehenden nicht rechtsverbindlichen Arbeitsdefinition von Antisemitismus:

„Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort und Tat gegen jüdische oder nicht-jüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen und religiöse Einrichtungen.“

Um die IHRA bei ihrer Arbeit zu leiten, können die folgenden Beispiele zur Veranschaulichung dienen:

Erscheinungsformen von Antisemitismus können sich auch gegen den Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, richten. Allerdings kann Kritik an Israel, die mit der an anderen Ländern vergleichbar ist, nicht als antisemitisch betrachtet werden. Antisemitismus umfasst oft die Anschuldigung, die Juden betrieben eine gegen die Menschheit gerichtete Verschwörung und seien dafür verantwortlich, dass „die Dinge nicht richtig laufen“. Der Antisemitismus manifestiert sich in Wort, Schrift und Bild sowie in anderen Handlungsformen, er benutzt unheilvolle Stereotype und unterstellt negative Charakterzüge.

Die Bundesregierung beschloss im September 2017, sich der internationalen Definition von Antisemitismus der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) anzuschließen. Sie ergänzte einen Satz zur Bekämpfung des israelbezogenen Antisemitismus: „Darüber hinaus kann auch der Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, Ziel solcher Angriffe sein.“ Der Bundestag begrüßte die Entscheidung der Regierung im Rahmen eines Antrags vom Januar 2018. Die Verabschiedung der Arbeitsdefinition – die zwar keine rechtliche Bindungskraft, aber einen starken symbolischen Charakter hat – geht auf eine deutsch-rumänische Initiative zurück. Die Arbeitsdefinition soll u. a. ein Vorbild für entsprechende Bildungsinhalte in der Erwachsenen- sowie in der Kinder- und Jugendbildung sein.

Aktuelle Beispiele von Antisemitismus im öffentlichen Leben, in den Medien, Schulen, am Arbeitsplatz und in der religiösen Sphäre können unter Berücksichtigung des Gesamtkontexts folgendes Verhalten einschließen, ohne darauf beschränkt zu sein:

- den Aufruf zur Tötung oder Schädigung von Juden im Namen einer radikalen Ideologie oder einer extremistischen Religionsanschauung; die Beihilfe zu solchen Taten oder ihre Rechtfertigung
- falsche, entmenschlichende, dämonisierende oder stereotype Anschuldigungen gegen Juden oder die Macht der Juden als Kollektiv – insbesondere, aber nicht ausschließlich Mythen über eine jüdische Weltverschwörung oder über die Kontrolle der Medien, Wirtschaft, Regierung oder anderer gesellschaftlicher Institutionen durch die Juden
- das Verantwortlichmachen der Juden als Volk für tatsächliches oder unterstelltes Fehlverhalten einzelner Juden, einzelner jüdischer Gruppen oder sogar von Nicht-Juden
- das Bestreiten der Tatsache, des Ausmaßes, der Mechanismen (z.B. der Gaskammern) oder der Vorsätzlichkeit des Völkermords an den Juden durch das nationalsozialistische Deutschland und seine Unterstützer und Komplizen während des Zweiten Weltkriegs (Holocaust)
- den Vorwurf gegenüber den Juden als Volk oder dem Staat Israel, den Holocaust zu erfinden oder übertrieben darzustellen
- den Vorwurf gegenüber Juden, sie fühlten sich dem Staat Israel oder angeblichen weltweiten jüdischen Interessen stärker verpflichtet als den Interessen ihrer jeweiligen Heimatländer
- die Aberkennung des Rechts des jüdischen Volks auf Selbstbestimmung, z.B. durch die Behauptung, die Existenz des Staates Israel sei ein rassistisches Unterfangen
- die Anwendung doppelter Standards, indem von Israel ein Verhalten gefordert wird, das von keinem anderen demokratischen Staat erwartet oder gefordert wird
- die Verwendung von Symbolen und Bildern, die mit traditionellem Antisemitismus in Verbindung stehen (z.B. der Vorwurf des Christumordes oder die Ritualmordlegende), um Israel oder die Israelis zu beschreiben
- Vergleiche der aktuellen israelischen Politik mit der Politik der Nationalsozialisten
- das kollektive Verantwortlichmachen von Juden für Handlungen des Staates Israel

Antisemitische Taten sind Straftaten, wenn sie als solche vom Gesetz definiert sind (z.B. in einigen Ländern die Leugnung des Holocausts oder die Verbreitung antisemitischer Materialien).

Straftaten sind antisemitisch, wenn die Angriffsziele, seien es Personen oder Sachen – wie Gebäude, Schulen, Gebetsräume und Friedhöfe – deshalb ausgewählt werden, weil sie jüdisch sind, als solche wahrgenommen oder mit Juden in Verbindung gebracht werden.

Antisemitische Diskriminierung besteht darin, dass Juden Möglichkeiten oder Leistungen vorenthalten werden, die anderen Menschen zur Verfügung stehen. Eine solche Diskriminierung ist in vielen Ländern verboten.

Mehr Informationen unter:
www.holocaustremembrance.com

Unterstützen Sie Projekte gegen Antisemitismus und für Demokratie!

Die Amadeu Antonio Stiftung setzt sich für eine demokratische Zivilgesellschaft ein, die sich konsequent gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und andere Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wendet. Hierfür fördert sie Initiativen überall in Deutschland, die sich in Jugendarbeit und Schule, im Opferschutz und der Opferhilfe, in kommunalen Netzwerken und anderen Bereichen engagieren.

Zu den mehr als 1.400 bereits unterstützten Projekten gehören zum Beispiel:

- das vom IIBSA e.V. organisierte bundesweite **Arbeitstreffen zur Antisemitismusbekämpfung 2019**, bei dem sich verschiedenste Akteursgruppen zur Erarbeitung gemeinsamer Strategien austauschten, u. a. mit Blick auf BDS, Hate Speech und antisemitische Veranstaltungen
- der Aufbau der **Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus** des vom RIAS e.V. neu gegründeten Bundesverbands
- das Projekt des Rabulo e.V. zur **Erarbeitung pädagogischer Konzepte** zur Prävention von Antisemitismus im 21. Jahrhundert für Projektwochen in Schulen und andere Bildungsorte

Die Stiftung ist nach Amadeu Antonio benannt, der 1990 von rechtsextremen Jugendlichen im brandenburgischen Eberswalde zu Tode geprügelt wurde, weil er schwarz war. Er war eines der ersten von heute fast 200 Todesopfern rechtsextremer Gewalt seit dem Fall der Mauer.

Die Amadeu Antonio Stiftung wird unter anderem von der Freudenberg Stiftung unterstützt und arbeitet eng mit ihr zusammen. Sie ist Mitglied im Bundesverband Deutscher Stiftungen und hat die Selbstverpflichtung der Initiative Transparente Zivilgesellschaft unterzeichnet.

Kontakt

Amadeu Antonio Stiftung

Novalisstraße 12
10115 Berlin

Telefon: 030. 240 886 10

info@amadeu-antonio-stiftung.de

www.amadeu-antonio-stiftung.de

[facebook/AmadeuAntonioStiftung](https://facebook.com/AmadeuAntonioStiftung)

twitter.com/AmadeuAntonio

Spendenkonto

GLS Gemeinschaftsbank eG

IBAN: DE32 4306 0967 6005 0000 00

SWIFT-BIC: GENODEM1GLS

Bitte geben Sie bei der Überweisung eine Adresse an, damit wir Ihnen eine Spendenbescheinigung zuschicken können.

Bundesweit nehmen antisemitische Vorfälle im Laufe der vergangenen Jahre deutlich zu. Der Versuch des Attentäters vom 9. Oktober 2019, die Synagoge der jüdischen Gemeinde in Halle/Saale mit Waffengewalt zu stürmen und die Mitglieder der Gemeinde zu ermorden, markiert einen traurigen Höhepunkt der antisemitisch motivierten Gewalt. Der Vorfall zeigt: Antisemitismus ist auch mehr als 70 Jahre nach der Ermordung von 6 Millionen Jüdinnen und Juden eine zentrale Herausforderung unserer Gesellschaft.

Das vorliegende zivilgesellschaftliche Lagebild gibt exemplarische Einblicke in unterschiedliche Facetten des Antisemitismus im Bundesland Baden-Württemberg. Im Fokus des Lagebildes stehen zivilgesellschaftliche und explizit jüdische Perspektiven auf Antisemitismus – und Forderungen, die sich daraus für den Kampf gegen den erstarkenden Antisemitismus ableiten.

